



Ausschuss für Digitalisierung und Innovation

14. Sitzung (öffentlich)

5. Juli 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:05 Uhr

Vorsitz: René Schneider (SPD)

Protokoll: Steffen Exner, Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2575	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2773	
	Stellungnahme 17/725	

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP – Drucksache 17/2773 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion der SPD an.

Der Ausschuss nimmt die geänderte Fassung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 17/2575 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion der SPD an.

2 Stärkung der Möglichkeiten zur Strafverfolgung von Straftaten im Cyberraum

7

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2158

Vorlage 17/908

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP – Drucksache 17/2185 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und AfD und bei Enthaltung der Fraktion der SPD an.

3 Gute Arbeitszeiten sichern – Schutzrechte der Beschäftigten stärken – Die Digitalisierung der Arbeitswelt gestalten!

11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1665

Ausschussprotokoll 17/265

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

- 4 Schulen in NRW im Kampf gegen Cybergewalt unterstützen 14**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1434
Ausschussprotokoll 17/246
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht den Antrag zurück;
der Tagesordnungspunkt entfällt.
- 5 Sachstand digitale Modellkommunen 15**
- Bericht der Landesregierung
- 6 Kooperation des Landes mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (s. Anlage 1) 21**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/926
- 7 Digitaler Sommerfahrplan der Landesregierung (s. Anlage 1) 23**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/938
- 8 Aktivitäten der Landesregierung zur Unterstützung der NRW-Kommunen bei der Umsetzung des Breitband-Bundesprogramms (s. Anlage 2) 25**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/927
- 9 Verschiedenes 28**
- a) **Beteiligung an der Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung 28**
- b) **Sitzungstermine 2019 (s. Anlage 3) 28**

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen die in der Tischvorlage aufgeführten Sitzungstermine 2019.

1 Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2575

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2773

Stellungnahme 17/725

(Der Gesetzentwurf wurde am 17. Mai 2018 zur Federführung an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Innenausschuss und an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen.)

Stellvertretender Vorsitzender René Schneider gibt bekannt, die mitberatenden Ausschüsse stimmten sowohl dem Änderungsantrag als auch dem Gesetzentwurf in der dementsprechend geänderten Fassung zu.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP – Drucksache 17/2773 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion der SPD an.

Der Ausschuss nimmt die geänderte Fassung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 17/2575 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion der SPD an.

